

Autoritäre Entwicklungen. Bedrohungen pluralistischer Gesellschaften und moderner Demokratien in Zeiten der Krisen

Günter Frankenberg & Wilhelm Heitmeyer¹

1. Der Fokus

Seit den Krisen der letzten beiden Jahrzehnte lassen sich in westlichen Gesellschaften *vermehrt* und *deutlicher* autoritäre Versuchungen registrieren, denen unterschiedliche Teile der Bevölkerung nachgegeben haben. Zugleich haben autoritäre Bewegungen, Parteien und Regime weltweit an politischem und kulturellem Einfluss gewonnen. Allerdings ist Autoritarismus eine Thematik und Problematik nicht nur von höchst aktueller Bedeutung, sondern meldet sich immer wieder, wenngleich weniger sichtbar und eher schleichend, außerhalb krisenhaft zugespitzter Situationen – wie zuletzt des im Februar und März 2022 vom russischen Diktator Putin gegen die Ukraine geführten Angriffskrieges – zu Wort, zum Beispiel im Prozess der Globalisierung, bei geregelten Arbeitskämpfen oder Verteilungskonflikten. Feststellen lassen sich sowohl offenliegende Facetten als auch verdeckte Spuren autoritärer Agenden, Bestrebungen und Einstellungen auf den Ebenen der strategischen Allianzen zwischen Organisationen (Staaten), von Gruppen als Akteuren in organisationellen Netzwerken (Parteien, Verbänden, Behörden) und der sozialen Interaktion von Akteuren innerhalb von Netzwerken (Familie, Arbeitsgruppen)².

Angesichts des weiten und unebenen Feldes von Autoritarismus und dessen länderspezifischen Ausprägungen begrenzen wir uns in diesem Buch auf Phänomene im rechtsautoritären und rechtsextremen Spektrum. Eine

1 Für die kritische Durchsicht einer früheren Fassung und konstruktive Hinweise danken wir Klaus Günther, Dieter Rucht, Tim Wolff und Michael Zürn.

2 Üblicher Weise wird eine Zuordnung der Organisationen, Akteure und Beziehungen zur Makro-, Meso- oder Mikro-Ebene vorgenommen (Baum 2005; siehe Rucht in diesem Band).

angemessene Ausweitung auf linksautoritäre Erscheinungsweisen würde den Rahmen dieser Konzeption sprengen, weil weit ausdifferenzierende Überlappungen zu besorgen und Unterscheidungen vorzunehmen wären.

2. Zeitgeschichtliche Problemskizze

Die autoritären Entwicklungen im 21. Jahrhundert kommen nicht aus dem Nichts.³ Sie lassen sich einbetten in zeithistorische und aktuelle Zusammenhänge. Von welchen zeithistorischen Räumen, Ereignissen, Prozessen und Akteuren können wir Aufklärungen über heutige Abläufe erwarten? Dazu an dieser Stelle nur wenige Hinweise. Die Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts als das »Zeitalter der Extreme« (Hobsbawm 1998) war geprägt von Gewalt, Kriegen und autoritären gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen, in denen Modernität und Barbarei miteinander verbunden waren (Miller/Soeffner 1996). Nach dem Zivilisationsbruch (Diner 1988) und dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft sollte es auch in Deutschland lange dauern, bis sukzessiv eine pluralistische Gesellschaft und eine liberale Demokratie entstanden sind (vgl. Rensmann u.a. 2011), gefördert von den Strukturen und Bürgerrechten des neu geschaffenen Grundgesetzes und dessen »Einbürgerung« (Rödel u.a. 1989). Flankiert und abgesichert von den Entwicklungen im Rechtssystem, in den Medien, im Bildungssystem und von einem Wirtschaftssystem, in dem Kapitalinteressen und Arbeitnehmerinteressen über längere Zeiträume durch politische Interventionen »ausbalanciert« wurden.

Mehrere Entwicklungen haben zu Instabilitäten der Statik dieser Architektur beigetragen. Zum ersten ist der Zusammenbruch des kommunistischen Systems und damit der politisch stabilisierenden »Systemkonkurrenz« zu nennen. Im Westen führten diese zu euphorischen und ideologischen Aussagen vom »Ende der Geschichte« (Fukuyama 1992), die ihren Ausdruck in der angeblichen »Universalisierung der westlichen Demokratie als endgültiger Regierungsform des Menschen« (ebd.) fanden. Nach einem

³ Den Krieg des russischen Diktators Putin wird man wohl ausnehmen müssen, weil sich Expert:innen und Politiker:innen seit langem weitgehend einig waren, dass in Europa die Zeit der Angriffskriege (und damit auch der territorialen Landesverteidigung) vorbei sei. Siehe dazu Münkler, Herfried (2004), *Die neuen Kriege*, Reinbek; und die Beiträge in »Neue Kriege«, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, H. 35–36 (2016) m.w. Nachw.

Blick in die »posthumane Zukunft« (Fukuyama 2003) blieb freilich wenig vom »Ende der Geschichte«. Im Gegenteil steht seit einiger Zeit das Thema einer »neuen autoritären Systemkonkurrenz« auf der Tagesordnung. Sie ist eng mit der Frage verknüpft, wie die großen Zukunftsfragen, insbesondere Klimakrise, nachhaltiges Wachstum und eben Pandemien beantwortet werden können. Zugleich ist sie mit den autoritären Entwicklungspfaden von Gesellschaften, ihren Ökonomie- und Politiksystemen mitsamt den verfassungsmäßigen Verhältnissen von Freiheit und Sicherheit verbunden. Eine Chiffre dafür ist die Rede vom »chinesischen Jahrhundert« (Aust/Geiges 2012; Elsner 2020).

Zum zweiten veränderte sich die Architektur durch die rasante Beschleunigung und Expansion der ökonomischen Globalisierung, deren Ausweitung in den Bereich der Kultur sowie soziale Folgen für Gesellschaften und politische Systeme namentlich die parlamentarische Demokratie und den Primat der Politik beeinträchtigten. Die Umstellung auf eine neoliberale Wirtschaftspolitik, ihre weitreichenden politischen De-Regulierungen und *Austerity*-Maßnahmen, wurden zum Treiber nachlassender Kontrollwirksamkeit demokratisch legitimierter Politik gegenüber einem anonymen werdenden globalen Finanzkapitalismus (vgl. Heitmeyer 2001). Kontrollgewinne und Landnahmen des Kapitals waren mit Kontrollverlusten von Politik, insbesondere nationalstaatlicher Version verbunden, und mit Prozessen, die als Privatisierung und Ökonomisierung nur ungenau beschrieben werden (Biebricher 2021). Markanter sind Aussagen, wie die des amerikanischen Soziologen Birnbaum (1997): Wo die Marktorthodoxie siegt, stirbt die Demokratie. Auf spannungsreiche Zusammenhänge zwischen kapitalistischer Ökonomie, gesellschaftlicher Integration bzw. Desintegration und Demokratie im Zeitalter neoliberaler Globalisierung hat frühzeitig Dahrendorf (1997) hingewiesen. Er sprach von einer »Quadratur des Kreises«. Mit diesem Sprachbild ist in seiner Diktion gemeint, dass erhebliche Spannungen bestehen, erstens, zwischen der Aufgabe, die Wettbewerbsfähigkeit in der rabiaten Konkurrenz der Weltwirtschaft zu erhalten, zweitens, die soziale Solidarität und den sozialen Zusammenhalt, also Integration zu sichern und, drittens, dies im Rahmen von Institutionen demokratischer Gesellschaften tun zu können. Die genannte Metapher führt zu der Frage, zu wessen Lasten die Entwicklung angesichts der »neuen« Kontrollverhältnisse ausfallen kann. Zumal dann, wenn immer weitere soziale Ungleichheiten sichtbar werden, die zentrale Grundwerte und das verbrieftete Selbstverständnis dieser Gesellschaft verletzen (Röhner 2019).

Daraus leitete Dahrendorf (1997a) die These ab: »Ein Jahrhundert des Autoritarismus ist keineswegs die unwahrscheinlichste Prognose für das 21. Jahrhundert«.

Phänomene des Autoritären haben sich jedoch bereits im 20. Jahrhundert und lange davor ausgeprägt (Arendt 1951; Günther in diesem Band). Abweichend von Dahrendorfs Vorhersage und vergleichbaren Einschätzungen, wird dieses »Zeitalter der Extreme« (Hobsbawm 1998) eher den Menschenrechten und der liberalen Demokratie gutgeschrieben. Gleichwohl fehlt es nicht an empirischen Evidenzen, dass der politische Autoritarismus, getragen von sozialen Bewegungen, politischen Parteien und/oder (konsolidierten) Regimen, in den vergangenen 20 Jahren des 21. Jahrhunderts auf dem Vormarsch ist (Bank 2007; Heitmeyer 2018; Bertelsmann Stiftung 2018, 2020 und 2022; Lauth u.a. 2020; Schäfer/Zürn 2021: 24–58 und Zürn in diesem Band; International IDEA 2021; dazu auch Rensmann in diesem Band). Ganz gleich, ob »Renaissance des Autoritären« oder »demokratische Regression«, »neue autoritäre Internationale« oder »Globalisierung des Autoritarismus« oder aber die Kombination von »demokratischen, hybriden und autoritären Regimen« (so zuletzt International IDEA 2021) die Entwicklung zutreffend beschreibt, so ist unstrittig, dass die Bevölkerung in Autokratien von 2003 bis 2017 nach Schätzungen von 2,3 auf 3,3 Milliarden angewachsen ist und mehr als die Hälfte von weltweit 137 Staaten als Autokratien zu kennzeichnen sind (Bertelsmann Stiftung 2022; Heitmeyer 2018: 177–196; Diamond u.a. 2016). Nach dem BTI-Index der Bertelsmann Stiftung (2022) und den Daten von International IDEA haben autoritäre Regierungsmuster in den letzten zehn Jahren kontinuierlich zugenommen und sind mehr »defekte Demokratien« (Merkel u.a. 2003 und 2006) zu Autokratien abgestiegen als zu funktionierenden Demokratien aufgestiegen. Demzufolge sind zahlreiche Autokratien deutlich repressiver geworden, während in vormalig gefestigt wirkenden Demokratien grundlegende Beteiligungsrechte und Rechtsstaatlichkeit angetastet werden. Der Trend weltweiter Erosion der Demokratiequalität bzw. »demokratischen Regression« (Schäfer/Zürn 2021: 24–58; vgl. auch Rensmann und Zürn in diesem Band) setzt sich demnach ungebrochen fort. Der apokalyptische Ton zahlreicher Publikationen zum Zustand und zur Zukunft der Demokratie ist analytisch wenig hilfreich, vermag freilich angesichts dieses Befundes kaum zu verwundern (u. a. Luce 2017; Levitsky/Ziblatt 2018; Mounk 2018).

Wenn hier als Analyse zu Treibern und Pfaden autoritärer Entwicklungen der Zeitrahmen des noch »jungen« 21. Jahrhunderts ausgewählt